

24.07.2003

Gifte in jedem dritten Planschbecken

Über 100.000 Chemikalien sind in der EU auf dem Markt - 99 Prozent davon sind unangemeldet. Die Zeitschrift Ökotest testete Schwimmhilfen, Quietsche-Entchen und Kinderplanschbecken und fand dabei heraus, dass fast alle gefährliche Phthalate (Weichmacher) mit Anteilen bis zu 80 Prozent enthielten. Diese Stoffe wirken krebserregend, fortpflanzungsfördernd und beeinträchtigen das Hormonsystem. Sie gehören nicht ins Planschbecken! Zum Schutz der VerbraucherInnen müssen gesundheitsschädliche Chemikalien aus dem Verkehr gezogen, die Kennzeichnung potentiell gefährlicher Substanzen deutlich verbessert werden.

Die längst überfällige Chemikalienrechtsreform würde Licht in den Chemikalienschwungel bringen. Sie wird allerdings durch die chemische Industrie verzögert. Die EU-Kommission erarbeitet zur Zeit einen Vorschlag für ein EU-weites Regulierungssystem von Chemikalien, das die Bundesregierung auch im Interesse des Innovationspotentials der chemischen Industrie verstärkt unterstützen muss.

Gesetze allein reichen aber nicht aus, entscheidend ist die Durchsetzung vor Ort. Hierzu bedarf es einer regelmäßigen Überwachung. Durch den BBGes (Berliner Betrieb für zentrale gesundheitliche Aufgaben) werden z.B. Badeutensilien auf vorhandene Schadstoffe untersucht. Bei einem Drittel wurden hohe Lösemittelkonzentrationen des augen- und schleimhautreizenden, krebverdächtigen Isofuron und Cyclohexanon festgestellt. Die giftigsten Badespielzeuge stammen immer von den selben Herstellern. So lange es weder gesetzliche Regelungen zur Schadstoffbegrenzung oder Veröffentlichung der Herstellernamen gibt, wird das auch so bleiben. Durch weitere Kürzungen im Bereich der Überwachung werden die Kontrollen erschwert. Teure Folge ist ein Anstieg der Behandlungskosten von schadstoffbedingten Erkrankungen.

Deshalb fordern die Bündnisgrünen eine neue Chemikaliengesetzgebung auf europäischer Ebene, die Risiken von Chemikalien endlich überprüft, den Einsatz beschränkt oder verbietet und ausreichend Mittel für die Überwachung dieser Gesetzgebung vor Ort zur Verfügung stellt. □